

Kommentar: Obama und die Wende der US-Klimapolitik

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind mit einem Anteil von rund 21% neben China (ebenfalls rund 21%) und der EU (ca. 16%) der größte CO₂-Emittent der Erde. Anfang November haben die USA einen neuen Präsidenten gewählt: Barack Obama. Während des Wahlkampfes wurden zeitweilig Spekulationen laut, dass Arnold Schwarzenegger Umwelt- bzw. Energieminister werden soll, wenn Obama Präsident wird. Der Gouverneur von Kalifornien gilt als Vorreiter in Sachen Klimaschutz und nachhaltige Energiepolitik in den USA. Seine Position führte in der Vergangenheit wiederholt zu Spannungen zwischen ihm und Präsident George W. Bush. Schwarzenegger hatte mit dem ‚California Global Warming Solutions Act of 2006‘ ein Gesetz unterzeichnet, mit Hilfe dessen der Ausstoß von Treibhausgasen bis 2020 auf das Niveau von 1990 sinken soll. Im November 2008 unterzeichnete der Gouverneur eine Verordnung, die besagt, dass bis 2020 ein Drittel des Energieverbrauchs Kaliforniens aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden soll. Zusammen mit sechs weiteren US-Staaten und vier kanadischen Provinzen will Kalifornien ab 2012 ein CO₂-Emissionshandelssystem einführen.

In ihren klimapolitischen Positionen gibt es Parallelen zwischen Obama und Schwarzenegger. So hat der designierte Präsident in seinem Wahlkampf eine Wende in der Energie- und Umweltpolitik angekündigt und immer wieder die ökonomischen Chancen des Umweltschutzes betont. In seinem ‚New Energy for America‘-Programm hat er einige konkrete, recht ambitionierte Ziele auf diesem Gebiet formuliert. Um dem Klimawandel entgegenzuwirken, sollen die Treibhausgasemissionen der USA bis 2020 auf das Niveau von 1990 und analog den Empfehlungen des Weltklimarats IPCC bis 2050 um weitere 80% sinken. Hierzu ist die Einrichtung eines flächendeckenden Emissionshandelssystems vorgesehen, in dem die Emissionsberechtigungen zu 100% versteigert werden sollen. Für die nächsten zehn Jahre hat Obama ein Investitionspaket geplant, in dem 150 Mrd. US-Dollar in die Verbesserung der Energieeffizienz und die Weiterentwicklung von erneuerbaren Energien sowie Hybridfahrzeugen fließen sollen. Durch dieses Paket erhofft sich der designierte Präsident, fünf Millionen neue, „grüne“ Arbeitsplätze schaffen zu können. Die US-Ölimporte sollen innerhalb der nächsten zehn Jahre um ca. 35% vermindert werden. Um dies zu erreichen, sollen zwei Maßnahmen ergriffen werden: die Senkung des Kraftstoffverbrauchs von Fahrzeugen um 4% pro Jahr und die Zulassung von einer Mio. Elektrofahrzeuge bis 2015. Die Fahrzeugflotte des Weißen Hauses will Obama binnen eines Jahres dort, wo es Sicherheitsaspekte zulassen, auf Hybridfahrzeuge umstellen.

Der Anteil erneuerbarer Energien an der Elektrizitätsversorgung soll von aktuell ca. 7,5% bis 2012 auf 10% steigen. Zum Vergleich: In Deutschland liegt dieser Anteil bei rund 15%. Bis 2025 sollen 25% des Stromverbrauchs der USA aus Wind, Solarkraft und Geothermie stammen. Gleichzeitig ist eine starke Verbesserung der Energieeffizienz vorgesehen. Bis 2020 soll der Energieverbrauch um 15% gegenüber der Referenzprojektion des Energieministeriums sinken. Auch hier soll die Bundesregierung mit gutem Beispiel vorangehen und innerhalb von fünf Jahren die Energieeffizienz ihrer Gebäude um 40% steigern. Auf dem ‚Governor’s Global Climate Summit‘, einer internationalen Klimakonferenz in Kalifornien, betonte Obama in einer Videobotschaft nochmals die Dringlichkeit, Maßnahmen gegen den Klimawandel umzusetzen. Er verband dies mit der Absicht, die Abhängigkeit der USA von Ölimporten zu verringern und hierdurch sowohl die nationale Sicherheit zu verbessern als auch die amerikanische Wirtschaft zu stärken. Die geplante Schaffung von fünf Millionen Arbeitsplätzen im Bereich umweltfreundliche Energie nannte er einen Beitrag gegen die aktuelle Wirtschaftskrise.

Bekanntlich werden nicht alle im Wahlkampf erklärten Ziele eines Präsidentschaftskandidaten später umgesetzt. Vor allem aufgrund der Rezession in den USA wird in den nächsten eineinhalb Jahren die Förderung erneuerbarer Energien und Klimapolitik im Allgemeinen dort nicht unbedingt die oberste Priorität haben. Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz könnten langfristig gesehen der Industrie zuträglich sein. Kurzfristig könnte jedoch alles, was als Grund für steigende Energiekosten interpretiert werden kann, Widerstand im Gesetzgebungsprozess erfahren. In der Vergangenheit scheiterten bereits mehrere Gesetzesinitiativen mit ähnlichem energiepolitischem Inhalt. Es bleibt zu hoffen, dass von den klimapolitischen Ankündigungen Obamas zumindest einige Realität werden. Europa kann den Kampf gegen den Klimawandel nicht allein führen – weder ökologisch noch ökonomisch. Verbündete sind hier sehr willkommen. Barack Obama hat unter seiner Präsidentschaft eine führende Rolle der USA beim Thema Klimawandel angekündigt. Man darf gespannt sein.

Wilfried Ehrenfeld
(Wilfried.Ehrenfeld@iwh-halle.de)